

Amt für Tiefbau und Grünflächen

Vorlagenerstellung: Leimert, Anke
21.01.2022

Mitzeichnung:

Mitzeichnung Bürgermeister	20.01.2022
Dezernat I	Ullrich, Frank Peter
Ergebnis: Mitzeichnung	
Mitzeichnung Dezernat	20.01.2022
Dezernat III	Schaffert, Niels-Christian
Ergebnis: Mitzeichnung	
Mitzeichnung Amtsleitung	19.01.2022
Amt für Tiefbau und Grünflächen	Leimert, Anke
Ergebnis: Mitzeichnung	

Beratungsfolge:

1	Ausschuss für Mobilität, Umwelt und Klimaschutz	03.02.2022	
2	Haupt- und Finanzausschuss		
3	Rat der Stadt Düren		

Anschluss an die Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Düren unterstützt die Forderung der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten", den Kommunen mehr Entscheidungskompetenzen zur Festlegung stadtverträglicherer Geschwindigkeiten im Verkehr zu gewähren und beauftragt den Bürgermeister, die Städteinitiative für die Stadt Düren zu unterzeichnen.

Kurzdarstellung der Sach- und Rechtslage:

Die Diskussion zur Geschwindigkeit im Straßennetz findet derzeit nicht nur in Düren, sondern in vielen Städten statt. Die Handlungsspielräume für die Straßenverkehrsbehörden sind dabei sehr eingeschränkt (vgl. Stellungnahme zu Antrag 2021-0443).

Mehrere Städte haben nun eine Initiative gestartet, mit der Bund und Länder den Kommunen Regelungsmöglichkeiten zugestehen sollen, die weitergehen als bisher. Die Bürgermeister*innen von Freiburg, Leipzig, Aachen, Augsburg, Hannover, Münster und Ulm gehören zu den Erstunterzeichnern*innen.

Die Städteinitiative fasst ihre Ziele in den folgenden vier Punkten zusammen:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.

3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u.a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Ziel der Städteinitiative ist eine Vergrößerung des Handlungsspielraums der Städte bei der Festlegung der Geschwindigkeiten im Hauptverkehrsstraßennetz und eine Untersuchung der Auswirkungen insbesondere in Bezug auf den ÖPNV, den Radverkehr und mögliche Verdrängungseffekte. Der vollständige Text ist als Anlage beigefügt.